

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner
Rat

An den
Vorsitzenden des
Rates

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 12.03.2009

AN/0492/2009

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	26.03.2009

Resolution für einen gemeinsamen Termin von Kommunal- und Bundestagswahl am 27. September 2009

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der Ratssitzung am 26.03.2009 aufzunehmen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln fordert die Landesregierung auf, Verantwortung für die Demokratie, für die Bürgerinnen und Bürger und die öffentlichen Haushalte in unserem Land zu übernehmen und die Kommunalwahl 2009 an einem gemeinsamen Termin mit der Bundestagswahl am 27. September 2009 durchzuführen.

Durch eine Zusammenlegung beider Wahlen am 27. September 2009 lässt sich die Wahlbeteiligung nachweisbar erhöhen. Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt die demokratische Legitimation unserer Verfassungsorgane und sollte deshalb Ziel aller Vertretungen unseres Staates sein. Der Rat der Stadt Köln fordert die Landesregierung auf, diese Chance auf eine hohe Wahlbeteiligung als einen Wert mit Verfassungsrang zu begreifen und für Nordrhein-Westfalen zu nutzen. Eine weitere Verknüpfung der Terminfrage mit wahltaktischen Erwä-

gungen schadet unserer Demokratie und schürt zunehmend Enttäuschung und Politikverdrossenheit.

Im Interesse aller Menschen unseres Landes erwartet der Rat der Stadt Köln von der Landesregierung einen verantwortlichen Umgang mit öffentlichen Steuergeldern. Gerade angesichts der derzeit angespannten Wirtschafts- und Finanzlage ist es unerträglich, durch einen zusätzlichen Wahltermin Millionenbeträge zu verschleudern, die an anderer Stelle sehr viel besser für das Wohl der Menschen in unserem Land angelegt sind.

Zudem sind drei separate Wahlgänge in einem Jahr eine unnötige Zumutung sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch die verantwortlichen kommunalen Wahlorganisatorinnen und Wahlorganisatoren sowie Wahlhelferinnen und Wahlhelfer.

Die Landesregierung muss respektieren, dass es der Mehrheitswillen der Menschen in unserem Land ist, die Kommunalwahl mit der Bundestagswahl zusammen zu legen. Der Demokratie verpflichtet, fordert der Rat der Stadt Köln die Landesregierung nachdrücklich auf, diesen Bürgerwillen ernst zu nehmen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Mit freundlichen Grüßen

gez. Michael Zimmermann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer